ALLES LÜGE

FASCHISTEN MACHEN AUF SOZIAL

NEUAUFLAGE

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

BR-A7

INHALT

03 EINLEITUNG

05 SCHNAUZE VOLL!
DIE BRAUNEN DEMAGOGEN IN AKTION

08 DIE IDEOLOGIE DER RECHTEN SOZIALPROTESTE
...UND WAS MAN IHR ALS LINKE ENTGEGNEN KANN

08 Eine scheinbare Kapitalismuskritik, die doch keine ist
09 Volksgemeinschaft und Standortsicherung
10 Rassismus und völkischer Nationalismus
10 Fazit

12 WHAT TO DO?!

12 Die Rolle der organisierten Linken innerhalb der Sozialen Bewegung
12 Tipps und Tricks für eine antifaschistische Soziale Bewegung

14 ANZEIGEN

HERAUSGEBERIN
Antifaschistische Linke Berlin [ALB]
Postfach 580 544
10414 Berlin

[T] 030/27 56 07 56
[F] 030/27 56 07 55
[E] antifa@antifa.de
[I] www.antifa.de
Resonanz, Fragen,Kritik und kostenlose Bestellungen bitte an:
antifa@antifa.de

V.i.S.d.P.:
Franz Fanon, Karl-Marx-Allee 77,
10345 Berlin

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

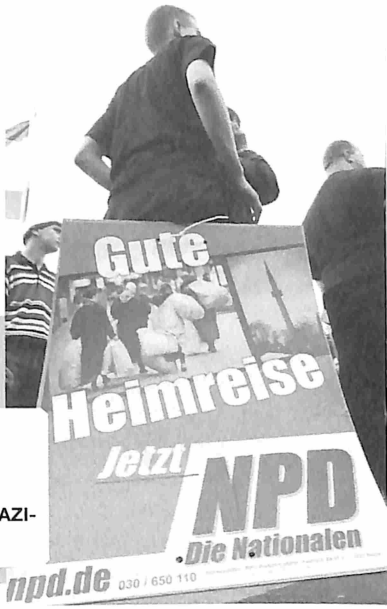
Die Erstellung dieser Broschüre wurde von der IG Metall Jugend Berlin-Brandenburg-Sachsen und der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg unterstützt.

EINLEITUNG

Im Kontext der Agenda 2010 stach insbesondere »Hartz IV« – gleichbedeutend mit der weiteren Verarmung breiter Bevölkerungsschichten unter Begleitung von repressiven Zwangsmaßnahmen und einem steigenden Druck auf alle Arbeitsverhältnisse – hervor und war damit Anlass für eine Welle von Protesten. Auch große Teile der radikalen Linken beteiligten sich an diesen Sozialprotesten.

Doch die Bewegung war alles andere als homogen: ihre Akteure reichten von BürgerrechtlerInnen über GewerkschafterInnen und enttäuschte SozialdemokratInnen bis zur antikapitalistischen Linken. Entsprechend uneindeutig war daher auch die inhaltliche Ausrichtung der Bewegung. Die Vorstellungen reichten von einer weiteren Liberalisierung der Wirtschaft, über die Sehnsucht nach dem Sozialstaat der 60er Jahre oder einem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz bis hin zu revolutionären Visionen zur Überwindung des Kapitalismus. Innerhalb dieser inhaltlichen Vielfalt spielten linke politische Grundthesen keine dominierende Rolle. Damit entstand die Gefahr, dass die extreme Rechte an die Bewegung andocken konnte. Und genau dies ist auch Anlass für die vorliegende Broschüre.

Den dürftigen Grundkonsens sozialer Bewegungen in der BRD können Rechtsextreme ohne weiteres mittragen, scheinbar antikapitalistische Phrasen waren aus ihren Reihen schon seit geraumer Zeit zu hören. Schon vor den Anti-Hartz-IV-Protesten versuchten Neonazis, an aktuelle politische Bewegungen anzuknüpfen, wie z.B. die Anti-Atom-, die Antiglobalisierungs- und die Antikriegsbewegung. Je nach politischen Rahmenbedingungen und politischer Orientierung der beteiligten Akteure gelang dieser Anknüpfungs-



RASSISTISCHE NPD-PROPAGANDA BEIM NEONAZI-AUFMARSCH AM 01. MAI 2004 IN BERLIN

versuch mal besser oder mal schlechter. Bei den Sozialprotesten war festzustellen, dass Rechtsextreme – wie bei einigen Montagsdemos geschehen – sich selbstverständlich als Teil der Bewegung begreifen und so in den vordersten Reihen mitgelaufen sind und die Sprechchöre vorgaben. Wenn tatsächlich positive Impulse in Richtung einer emanzipativen gesellschaftlichen Veränderung von den Protesten ausgehen sollen, dann darf es keinerlei Zusammengehen mit antiemanzipatorischen Kräften von Rechts geben. Ziel der ProtagonistInnen zukünftiger Bewegungen sollte es sein, ihnen ein Profil zu geben, das eine Unvereinbarkeit mit der Rechten bedeutet.

In der vorliegenden Broschüre soll sich etwas genauer mit der rechten Kritik am Sozialabbau beschäftigt werden. Das Andocken von Nazis an die soziale Bewegung steht dabei exemplarisch für die Mechanismen, die genauso für die Anti-Kriegs-, die globalisierungskritische oder die Anti-Atom-Bewegung genutzt wurden und auch in Zukunft für rechte Anknüpfungsversuche an Massenbewegungen genutzt werden. Die Konsequenzen für den Umgang mit dieser Strategie der extremen Rechten beziehen sich deshalb nicht nur auf die soziale Bewegung.

Aktuell konzentriert sich die extreme Rechte weniger auf die Intervention in eine Massenbewegung, sondern versucht ihre Positionen in den Diskurs rund um den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Deutschen Faschismus zu tragen. Ihr Ziel ist es dabei, die deutsche Geschichte umzudeuten und eine Täter-Opfer-Umkehrung zu konstruieren. Nach dem 8. Mai 2005 ist es anzunehmen, dass sich die extreme Rechte wieder verstärkt auf das Feld der Sozialen oder anderer Massenbewegungen konzentrieren wird. Zur Vorbereitung auf diese Interventionsversuche dient diese Broschüre, in der wir exemplarisch an der Bewegung gegen Hartz IV diese Strategie diskutieren und Gegenstrategien aufzeigen.

Im ersten Teil wird zunächst ein Blick auf die praktische Beteiligung von Nazis an den Sozialprotesten der Vergangenheit geworfen. Anhand von Beispielen soll illustriert werden, in welcher Form diese z.B. auf Demos auftreten, um sich anzuhängen und ihre Inhalte unterzubringen. Danach wird darauf eingegangen, dass auch scheinbar kapitalismuskritische Parolen der Extremen Rechten durch die gleiche völkisch-rassistische Ideologie bestimmt sind. Der letzte Teil soll schließlich einige Anregungen bieten, wie den rechten Ideologien begegnet werden kann und welche Gegenstrategien sinnvoll sind, um eine Beteiligung für Rechtsradikale unattraktiv oder besser unmöglich zu machen.

DIE BRAUNEN DEMAGOGEN IN AKTION

Rechte Wahlerfolge in Sachsen und Brandenburg; Neonazis auf den Montagsdemos in Magdeburg, Gera und zahlreichen anderen Orten; eigene Anti-Hartz-Kampagnen der Rechtsextremen; neue Allianzen zwischen NPD, DVU und militanter Neonazi-Szene: Die Praxis der braunen Szene, wie sah sie aus, wer waren die Akteure und an welchen Punkten haben sie versucht, an die gesellschaftliche Debatte anzuknüpfen?

Magdeburg, 02. August 2004: Auf der zweiten Montagsdemo in Magdeburg setzen sich ca. 100 Neonazis an die Spitze der Demo mit bis zu 10 000 TeilnehmerInnen. Durch ihre Transparente sowie durch Parolen und Sprechchöre gelingt es ihnen trotz ihrer verhältnismäßig kleinen Anzahl, die Demo in der Außenwirkung zu dominieren. Der Anmelder der Demonstration, eine Person aus dem Umfeld der rechtskonservativen »Deutschen Mittelstandspartei« verkündet, dass er auch weiterhin niemanden von den Demos ausschließen will. Bei den folgenden Montagsdemonstrationen sind die Nazis regelmäßig mit dabei. In weiteren, überwiegend ostdeutschen Städten versuchen sich Neonazis, an den Protesten zu beteiligen. Und nicht immer werden sie mit der gebotenen Vehemenz der Demo verwiesen, in einigen Fällen wurde sogar AntifaschistInnen, die die Faschisten aus der Demo drängen wollten, vorgeworfen, unnötig zu provozieren. Dresden/Potsdam, 19. September 2004: Eine Überraschung ist es nicht mehr, als nach 18.00 Uhr die ersten Prognosen zum Ausgang der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg veröffentlicht werden. Über 9 % für die NPD, die damit zum ers-

SYMBOLISCHE GESTEN DES SCHULTERSCHLUSSES ZWISCHEN EXTREM RECHTEN PARTEIEN UND DER KAMERADSCHAFTSBEWEGUNG

[BILD AUS DER BROSCHÜRE »DER RECHTE RAND« (AUSGABE NOV./DEZ. 2004)]

ten Mal seit 1968 wieder in einem Landtag vertreten ist, mit über 6 % schafft die DVU nun schon zum zweiten mal in Folge den Einzug in den Brandenburger Landtag. Geprägt waren beide Wahlkämpfe von platten Parolen gegen Hartz IV und Nicht-Deutsche. Bei der NPD hieß das »*Quittung für Hartz IV*«, »*Schnauze voll*« und »*Grenzen dicht*«, bei der DVU unter anderem »*Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche*«, »*Kriminelle Ausländer raus*« und »*Sauerei Hartz IV*«. Für das bislang zerstrittene rechtsextreme Lager war es eine Besonderheit, dass es im Vorfeld der Wahlen Absprachen zwischen DVU und NPD gab, nicht gegeneinander zu kandidieren. Nach den Wahlerfolgen in Sachsen und Brandenburg beschließen beide Parteien, zur nächsten Europawahl mit einer gemeinsamen Liste unter dem Namen der DVU und zur nächsten Bundestagswahl unter dem Namen der NPD anzutreten. Etwa zeitgleich erklären führende Mitglieder der militanten Neonazi-Szene ihren Beitritt zur NPD und ergänzen damit den Schulterschluss zwischen rechten Parteien und freier Kameradschaftsszene.

Die beiden oben genannten Beispiele stehen exemplarisch für die Versuche der Rechtsextremen, sich die sozialen Proteste zu eigen zu machen. Als Kampffelder werden dabei sowohl die Parlamente als auch die Straße begriffen. Eigene Aktionen der Rechtsextremen stoßen im Gegensatz zu den medienwirksamen Auftritten auf den Montagsdemos auch in der rechten Szene auf wenig Resonanz, die TeilnehmerInnen-Zahlen überschreiten selten die Zweihunderter-Grenze. Daher versuchen vor allem NPD und die sogenannten Kameradschaften, Einfluss auf die Groß-Demonstrationen zu nehmen. Das reicht von der bloßen Präsenz über Flugblätter verteilen und Transparente bis hin zu den (teilweise geglückten) Versuchen, Redner auf die »offiziellen« Bühnen zu stellen und wie im Fall der Kleinstadt Köthen in Sachsen sogar dazu, dass die dortige Montagsdemo vom »Bündnis gegen staatliche Abzocke« angemeldet wird, dessen Mitbegründer ein örtlicher Funktionär der Republikaner ist. Ziel ist es, die relative gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen und sich als einzig »wahre« Alternative zu präsentieren. Tatkräftige Unterstützung erhalten sie bisweilen von der örtlichen Polizei, die mit dem Verweis auf die Versammlungsfreiheit den Nazis auch gegen Widerstand der übrigen DemonstrantInnen die Teilnahme erst ermöglicht.

Der (Wieder-) Einzug von NPD und DVU in die Landtage wurde bereits Wochen vorher in den diversen Umfragen angekündigt. Schon die 4% der NPD bei den Landtagswahlen im Saarland stellten einen Achtungserfolg dar. Alleine aus Proteststimmen kann der rechte Erfolg bei den Landtagswahlen nicht erklärt werden. Sowohl in Brandenburg als auch in

Sachsen gibt es eine große rechtsextreme Szene, insbesondere in Sachsen hat die NPD in den letzten Jahren intensive Jugendarbeit betrieben und sich so eine für ihre Verhältnisse breite Basis geschaffen. Über Jahre hinweg hat die NPD rassistische, antisemitische und nationalistische Einstellungen bei Jugendlichen geschürt und verfestigt. Und gerade unter den JungwählerInnen schnitt die NPD besonders gut ab. Leichtfertig wäre es, darauf zu setzen, dass sich bis zu den nächsten Wahlen der Wind wieder dreht, es ist eher davon auszugehen, dass die NPD, gestärkt durch die neuen Möglichkeiten, die ihnen die parlamentarische Arbeit bietet, ihre Bemühungen verstärken wird und ihre lokale Verankerung weiter ausbaut. Denn der Einzug in die Parlamente bedeutet für die Neonazis eine enorme Öffentlichkeit, hohe Einnahmen aus der Wahlkampfkosten-Rückerstattung, Zugang zu Informationen und weiteren materielle Ressourcen. Mittels gut inszenierter Skandale, die von der Presse dankbar aufgegriffen werden, bekommen Nazis die Möglichkeit, sich in einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren und machen damit rechte Positionen zunehmend zur Normalität. Der Erfolg beflügelt auch die neuen Bündnis-Bestrebungen der Rechtsextremen. Noch ist nicht absehbar, ob ein wie oben beschriebenes Bündnis aus DVU, NPD und militanten Neonazis überhaupt die Substanz hat, entgegen der üblichen Tendenz, bis zur nächsten Wahl Bestand zu haben. Sollte dies aber der Fall sein, kann damit gerechnet werden, dass den Rechten noch in mehr Parlamenten der Einzug gelingt, zumal das rechte Wähler-Potenzial in verschiedenen Untersuchungen auf bis zu 15 % eingeschätzt wird.

Begleitet wurde die Politik der Rechtsextremen durch die Denunziation von sozialem Widerstand. In einer Neuauflage der Totalitarismustheorie wurde die PDS und das gesamte Spektrum links der Rot-Grünen Regierung mit den Nazis gleichgesetzt. Die Regierung wie auch die schwarz-gelbe Opposition nutzten die braune Propaganda, um mit dem Verweis auf eben diese den berechtigten Widerstand gegen Hartz IV und Agenda 2010 mundtot zu machen.

FREIE NATIONALISTEN BEIM NEONAZI-AUFMARSCH AM 01. MAI 2004 IN BERLIN MIT EINDEUTIGEM BEZUG ZUR NATIONALSOZIALISTISCHEN HERRSCHAFT

DIE IDEOLOGIE DER RECHTEN SOZIALPROTESTE

...UND WAS MAN IHR ALS LINKE ENTGEGNEN KANN

Die Betrachtung der rechten Parolen und Slogans während der Sozialproteste kann den Eindruck erwecken, dass sich diese nicht sonderlich von linken Forderungen unterscheiden. Die Losungen der NPD »Es darf keine Verschlechterungen bei Arbeitslosengeld und Sozialhilfe geben. Die Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose dürfen nicht verschärft und der Niedriglohnsektor nicht gefördert werden.«[1] könnten wahrscheinlich auch GewerkschafterInnen und Betroffene unterstützen. Für eine argumentative Auseinandersetzung ist jedoch ein Blick auf Analyse und Konsequenzen der rechten Sozialabbaukritiker notwendig.

Eine scheinbare Kapitalismuskritik, die doch keine ist

Als Quell allen Übels wird von Nazis die Zerstörung des völkisch homogenen Nationalstaates »als Ordnungs- und Fürsorgeprinzip« angeprangert: »*an die Stelle der in Jahrhunderten gewachsenen und aufgebauten Solidargemeinschaft des Volkes tritt ein entgrenzter, anonymer ›Markt‹ (...)*«[2]. Als Ursache für diese nationalstaatliche Korrosion wird der Kampfbegriff Globalisierung angeführt und gleich darauf festgestellt, »*daß die Drahtzieher der Globalisierung in Kreisen der internationalen Hochfinanz zu suchen sind, auch sich diese Kreise meist dezent im Hintergrund halten.*«[3] Somit wird in alter antisemitischer Weltverschwörungsmanier von einem geheimen Netzwerk fabuliert, dass die nationalen Volkswirtschaften bedroht. Die rechtsideologische Unterscheidung in ›gutes, nationales, schaffendes‹ und ›böses, internationales, raffendes‹ Kapital personifiziert das Schlechte des Kapitalismus im Kapital. Was die Extreme Rechte als antikapitalistisch verkaufen will, ist die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung.

Dabei wird die Funktion von Kapitalismus als weltweites und letztendlich totalitäres Produktions- und Ausbeutungsprinzip verkannt. Börsenspekulation und inter-

DIE NPD-WAHLKAMPFKAMPAGNE (IN SACHSEN VON 2004) ZU HARTZ IV: MIT KRITIK AM SOZIALABBAU AUF WÄHLERFANG

nationale Finanzmärkte sind Konsequenzen aus einer Gesellschaftsformation, in der Profit um des Profites willen und unabhängig vom Nutzen für die Menschen produziert wird. Ob abhängig Beschäftigte für einen international agierenden Konzern oder einen deutschen Handwerksmeister arbeiten, in beiden Fällen müssen sie ihre Arbeitskraft verkaufen. Die radikale Abschaffung der bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in Form einer Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise kann die einzig sinnige Forderung sein.

Volksgemeinschaft und Standortsicherung

Die von Nazis angebrachte Konsequenz aus diesem Kapitalismusbild ist die Forderung nach der Schaffung einer Volksgemeinschaft – als Bild für ein völkisch abgeschottetes, ethnisch homogenes und autoritäres Gesellschaftsmodell. In dieser Volksgemeinschaft sollen individuelle Interessen hinter dem Gemeinwohl zurückgestellt werden – um in der Sprache der NPD zu sprechen: der »Klassenegoismus« wird dem nationalen Interesse untergeordnet. Konsequenterweise wird dann auch die Schaffung eines Arbeitsdienstes für Erwerbslose gefordert und es droht bei Nicht-Einordnung in die Volksgemeinschaft ein »sofortiger Zwangseinzug in den Arbeitsdienst«[4] – also Zwangsarbeit, wie sie unter faschistischer Herrschaft üblich war. Obwohl die »Volksgemeinschaft« als scheinbarer Gegensatz der kapitalistischen Ausbeutung gegenübergestellt wird, so beinhaltet sie doch die gleichen repressiven Konkurrenz- und Ausbeutungsmechanismen. Die Konstruktion eines Volkes negiert die real existierenden Klassenunterschiede im Kapitalismus: es gibt angeblich weder Gewinner noch Verlierer, weder Ausbeuter noch Ausgebeutete sondern nur noch ein Volk mit dem gemeinsamen Interesse den Standort Deutschland zu retten. An einem ähnlichen Punkt setzt auch die neoliberale Standortlogik an: der grundlegende Widerspruch zwischen abhängig Beschäftigten und UnternehmerInnen wird für nichtig erklärt. Allein die Stärkung des eigenen Standort ist wichtig und wird damit zur Legitimation einer Politik der Umverteilung von unten nach oben genutzt. Dabei ist es gerade der Staat, der die Bedingungen der Ausbeutung vorgibt. Der Staat ist keine neutrale Instanz, die nur anders geführt oder besetzt werden muss, sondern Garant für den möglichst reibungslosen Ablauf der kapitalistischen Verwertung. Sicherlich, der Nationalstaat gibt immer noch die Rahmenbedingungen vor, in denen die Kämpfe stattfinden. Eine Linke, die es mit der Abschaffung der Ausbeutung ernst meint, sollte sich aber stets bewusst sein,

dass dies nicht ein Kampf um den Staat, sondern nur gegen den Staat sein kann. Der Begriff der Standortsicherung dient also als Kampfbegriff des Kapitals, um mit immer neuen Erpressungen Lohn zu kürzen, Arbeitszeiten zu erhöhen und Sozialleistungen abzubauen – kurz: Die Verwertungsbedingungen für das Kapital zu optimieren. Mit diesem Kampfbegriff sollen die abhängig Beschäftigten gegen die »ausländische« Konkurrenz in Stellung gebracht und ein gemeinsames nationales Interesse propagiert werden. Bislang hat noch keine der standortsichernden Maßnahmen eine reale Verbesserungen der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen bewirkt. Der Kampf um ein schönes und gutes Leben für alle kann nur in internationaler Solidarität fernab von Standort-Konkurrenz erfolgreich sein.

Rassismus und völkischer Nationalismus

Trotz dieser vermeintlich kapitalismuskritischen Sicht von Rechts sind die Schuldigen von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau für die Nazis schnell woanders ausgemacht. Unter dem Motto »*Deutsches Geld für deutsche Interessen! (...) Schluß mit den Milliardenzahlungen an EU, UNO und NATO, Sozialleistungen für Ausländer und Asylanten oder den Bau immer neuer Sühnestätten.*«[5] wird alles gesammelt, was das rechte Herz schon immer mal empört hat. In dieser Milchmädchenrechnung zur Sanierung des deutschen Sozialsystems wird einfach alles erfasst, was nicht ins rechte Welt- und Menschbild passt. Die sozialstaatlichen Vergünstigungen sollen ausschließlich »national gesinnten, weißen, deutschstämmigen Männern« zugute kommen – MigrantInnen, Juden und Jüdinnen, Linke und Homosexuelle haben im Bild der nationalen Volksgemeinschaft keinen Platz.

Innerhalb dieser Argumentation spielt auch die Parole »Wir sind das Volk« – von kommunistischen Kleinst-

»KEINE AGENDA 2010« ALS EXTREM RECHTE KAMPAGNE MIT DEM VERSUCH, AUS DEN SOZIALPROTESTEN PROFIT ZU SCHLAGEN

parteien in der Hoffnung auf die herbeiströmenden Massen gerne verpraten – der extremen Rechten in die Hände. »Wir sind das Volk« ruft genauso gerne der Erwerbslose, der damit seinen Anspruch auf Besserstellung gegenüber denjenigen, die gemeinhin nicht zum Volk gezählt werden, artikuliert. Eine Reaktion auf die nationalistischen und rassistischen Phantasien der Nazis kann nur in der konsequenten Solidarisierung mit z.B. MigrantInnen liegen sowie dem Kampf nach der weltweiten Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen. Im Kampf gegen kapitalistische Verwertungslogik ist nur das solidarische Miteinander unabhängig von Hautfarbe, Herkunft und Geschlecht aussichtsreich. Die ökonomische Differenzierung anhand dieser sozialen Kriterien ist für die Kapital-Seite immer eine Differenzierung nach unten: für noch weniger Lohn und noch schlechtere Arbeitszeiten. Damit wird eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die für alle abhängig Beschäftigten in der Erpressung endet.

Fazit

Trotz der vermeintlich ähnlichen Forderung nach der Abschaffung von Hartz IV liegt bei Nazis und Rechten Ideologen ein gänzlich anderes Welt- und Menschenbild zugrunde. Das benannte Ziel der Volksgemeinschaft verbindet die bekannten Elemente extrem rechten Denkens: völkischen Nationalismus, Rassismus, Authoritarismus und Antisemitismus. Damit wird deutlich, dass die rechten Sozialproteste primär dazu dienen, die mit Hartz IV oder der Agenda 2010 verbundenen Zukunfts- und Existenzängste der Betroffenen aufzugreifen und einfache Antworten zu liefern. Diese rassistischen und nationalistischen Antworten sind jedoch keine Lösung gegen kapitalistische Verwertungs- und Profitlogik. Damit wird aber auch deutlich, dass es eben nicht ausreicht, nur »Weg mit Hartz IV!« zu fordern, sondern dass zur klaren Unterscheidbarkeit von rassistischer und rechtsextremer Ideologie weitere und vor allem emanzipative Forderung notwendig sind: »Alles für Alle!« oder auch »Bleibereicht für alle und überall.«

1 Postwurfsendung »Quittung für Hartz IV« des NPD-Landesverbandes Sachsen, August 2004
2 Ulf Köster: »Neues Rezept gegen Arbeitslosigkeit: Deutsche raus!«, in: Nation & Europa, Heft 4, April 2002, S. 5- 8
3 Lothar Ehrlichmann: »Plutokratischer Meuchelmord an den Volkswirtschaften. Eine Betrachtung der Triebkräfte und Zielsetzungen der Globalisierer«, in: Deutsche Stimme, Heft 12, April 2003 – Rechtschreibfehler im Original
4 http://www.keine-agenda2010.de – Kampagne des Aktionsbüro Norddeutschland (Stand August 2004)
5 Postwurfsendung »Quittung für Hartz IV« des NPD-Landesverbandes Sachsen, August 2004

WHAT TO DO?!

Die Rolle der organisierten Linken innerhalb der Sozialen Bewegung

Offensichtlich ist es wichtig, die linke Kritik am Kapitalismus und seinen Begleiterscheinungen wie Nationalismus, Chauvinismus, Arbeitsethos etc. stark zu machen. Sicherlich kein kurzfristiges Projekt, wenn man sich die vielen unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der Bewegung ansieht. Gerade bei einer breiten Bewegung, die ideologisch nicht gefestigt ist, bieten sich Schnittstellen für die extreme Rechte an, um an die Protestbewegungen anzudocken. Nun ist es aber als organisierte Linke wenig hilfreich, alle Sozialproteste per se als völkisch und nationalistisch zu denunzieren oder in distanzierter Haltung beleidigt zu sein, dass »der Mob« nicht von alleine auf die richtigen Analysen kommt. Das Verhältnis zwischen organisierter Linken und der Sozialen Bewegung besteht eben nicht aus einer distanzierten Kritik. Es ist vielmehr Aufgabe der Linken, die Bewegung zu politisieren und falsche Analysen auszutreiben. Die Linke muss den inhaltlichen und praktischen Background, den sie sich in praktischer Politikerfahrung erarbeitet hat, zur Verfügung stellen, wenn sie gesellschaftlichen Einfluss nehmen will. Das linke Know-How der Bewegung zur Verfügung zu stellen, heißt dann auch, die offenen Flanken und Schnittstellen zur extremen Rechten zu schließen sowie für einen antifaschistischen und antirassistischen Konsens auf den

»GLOBALE RECHTE FÜR ALLE« ALS LINKE ALTERNATIVE – TRANSPARENT ZUR ANTI-SOZIALABBAU-DEMONSTRATION AM 03. APRIL 2004

Demos und in den Bündnissen zu sorgen. Wenn die aktive Antifa lediglich die Rolle der Beobachterin und Kommentatorin anstatt die der handelnden Akteurin einnimmt, muss sie sich nicht wundern, wenn ihr Anliegen wenig Gehör findet.

Tipps und Tricks für eine antifaschistische Soziale Bewegung

Es gilt also ganz konkret und praktisch die Präsenz von Neo-Nazis bei den Sozialprotesten und anderen Massenprotesten zu unterbinden. Doch meistens tun sich die AktivistInnen der sozialen Bewegungen schwer, einen angemessenen Umgang damit zu finden, auch wenn es mittlerweile eine erhöhte Sensibilisierung für die Thematik gibt und es zum guten Ton gehört, sich zumindest verbal von NPD, Kameradschaften und Konsorten zu distanzieren. Am Willen liegt es nicht, alleine in der Praxis agieren die Akteure oft unbedarft und hilflos. Als grundlegende Maßnahmen können beispielsweise die folgenden Punkte beachtet werden:

- In sämtliche Forderungen und Parolen sollte die Situation von Nicht-Deutschen mit einbezogen werden. Deren Forderungen nach Legalisierung, Bleiberecht, gleichen Rechten etc. aufzugreifen, ihren VertreterInnen ein Podium bieten und mit den Organisationen und Gruppen gleichberechtigt die Zusammenarbeit zu suchen, kann Nazis schon inhaltlich abschrecken. Und außerdem: wenn es nicht um die Verbesserung der Lebensumstände aller Menschen geht, ist der Protest nichts wert.

- Bereits in der Vorbereitung sollten deutliche Distanzierungen von nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Inhalten und Gruppen formuliert und verbreitet werden, z.B. durch Pressemitteilungen, Interviews, Flugblätter etc. So können Aktionen bereits im Vorfeld durch ihre inhaltliche Ausrichtung so gestaltet werden, das sich Neonazis nicht damit identifizieren können.

- Die aktive Mitarbeit und Einflussnahme von AntifaschistInnen in den lokalen Bündnissen ist sehr zu empfehlen. Hier sollte von Anfang an auf einen Ausschluss von Faschisten bestanden werden. Lokale Antifas können darüber aufklären, wie man Nazis erkennt und was es für Möglichkeiten gibt, diese aus der Demo zu schmeißen. Denn nicht jeder rechte Ideologe trägt Glatze und Springerstiefel und nicht jeder Skinhead ist rechts – hier gilt es sich schlau zu machen und Nazis zu enttarnen, indem man auf Symbole und bekannte AktivistInnen achtet und sich für rechte Parolen sensibilisiert.

- Bei den Aktionen selbst sollte mit antifaschistischen und antirassistischen Transparenten Präsenz gezeigt werden. Somit kann auch nach außen hin vermittelt werden, dass man mit dem braunen Pack nichts gemein hat.

○ Falls Nazis auftauchen: schmeißt sie von der Demo runter oder aus den Veranstaltungen raus. Weist Umstehende darauf hin, wenn sich Nazis in der Demo befinden, sprecht OrdnerInnen an, sagt bei den Lautsprecherwägen bescheid und schaut, ob ihr organisierte Gruppen findet, die mit euch zusammen gegen die Nazis vorgehen. Leute, die etwas gegen anwesende Nazis unternehmen brauchen Unterstützung statt Entsolidarisierung.

○ Es ist immer am besten, wenn sich eine große Zahl von DemonstrantInnen dagegen positioniert, falls Nazis auftauchen. Damit es aber nicht passiert, dass die Polizei den Nazis den Weg in die Demo freimacht, solltet ihr sie im Vorfeld darauf hinweisen, dass die VeranstalterInnen keine Faschisten auf der Aktion dulden werden und dies notfalls auch selbst durchsetzen werden. Wenn die Polizei befürchten muss, dass es durch die Anwesenheit von Nazis zu Störungen und Unruhen kommt, dann kann sie diese von der Demonstration fernhalten. Dass setzt allerdings voraus, dass der/die Anmelder/in dies gegenüber der Polizei betont und dass sich DemonstrantInnen und Antifas gemeinsam und solidarisch gegen die Nazis wehren. Wenn die Polizei den Nazis doch die Teilnahme an den Aktionen ermöglichen will, solltet ihr das ganze skandalisieren und mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde drohen.

Dies sind nur einige Tipps zum Umgang mit Nazis auf Demos. Um mit eventuellen Problemen gut umgehen zu können, ist eine gute inhaltliche und personelle Vernetzung zwischen Antifas, DemonstrationsanmelderInnen und beteiligten Gruppen notwendig. Damit kann ein guter Austausch und die Vorbereitung auf eventuell auftauchende Nazis organisiert werden.

In diesem Sinne:
KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN - AUF KEINER DEMO UND IN KEINER STADT.

Antifaschistische Linke Berlin :: [ALB] ::

DEMNÄCHST:
Neuauflage der Broschüre »Tipps & Tricks für Antifa`s«

REFUGEES
BRING YOUR FAMILY
WELCOME

RED STUFF
SKALITZERSTR. 67
10999 BERLIN
WWW.ANTIFA-VERSAND.DE

SHIRTS & PROPAGANDA
WWW.ANTIFA-VERSAND.DE

KEIN NAZIAUFMARSCH AM 8. MAI IN BERLIN!

GEGEN FASCHISMUS, MILITARISIERUNG UND DEUTSCHE OPFERMYTHEN!

Informationen unter www.antifa.de

СПАСИБО*

*HEISST DANKE!

8. MAI

TAG DER BEFREIUNG VOM DEUTSCHEN FASCHISMUS